

Zoole-Zeitung

Stund- und Vierteljahrshefte.

Anzeigenpreis
Die 3. Spalte 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Sammleranzeigen 40 Pf., Restzeilen die 22 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erlösungspreis 50 Hll. Erhöht täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Brunnstraße 13. Dr. Kraushaus, 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Pöschel-Kraus Leipzig Nr. 4000.

Bezugsspreise:

Die Zeitschrift monatlich bei zweimonatlicher Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, und die Post monatlich 6,25 Mark, die Zeitschrift 2 Pf. einsehl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im Ausland: Zeitschrift monatlich unter Einschluß der Post 7,50 Mark. Einzelhefte eingetragene. Für unregelmäßig eingegangene Manuscripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung des Verlegers gestattet. Ferner: der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugsspreise Nr. 1133.

Nr. 198.

Halle, Freitag, den 29. April 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Verschärfung der außenpolitischen Lage.

Lloyd Georges Unannehmbar / Amerika will die gegenwärtigen Vorschläge nicht weitergeben / Französischer Einmarsch auf eigene Verantwortung? / Vor scharfen Eingriffen in das deutsche Privateigentum.

Hochspannung.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die Augen der Welt sind noch wie vor auf Washington gerichtet. Alles hängt davon ab, ob die Regierung Harding unsere deutschen Gegenwortschläge, wenn vielleicht auch mit einigen Veränderungen, empfindend an die Säpfer der Entente weiter gibt. Das französische Unannehmbar braucht zunächst nicht zu überraschen. Nichts wäre allerdings verhängnisvoller, als wenn man im deutschen Volk auch jetzt noch den ungeheuren Ernst der Lage verkennen wollte. Die Verhandlungsmöglichkeiten hängen an einem dünnen Faden, der gerade auch durch die Reichstagsdebatten bis zum Übermaß belastet worden ist. Immerhin: Mit dem französischen Unannehmbar mußte gerechnet werden. Der Verbands-Lage gegenüber dem Vize national kennt, der wird auch wissen, daß eine Verschärfung der Lage nicht anders möglich sein wird, als daß man schließlich den vereinbarten Grund der Verhandlungen wieder verlassen wird, und daß sich dann Herr Briand in die Brust wirft und ein Kommando im Interesse der Einheit mit den Verbündeten fordert. Dabei ist noch nicht einmal gesagt, daß Frankreich nicht unter allen Umständen zu verschärften Sanktionen übertritt. Es hat seine militärischen Vorbereitungen getroffen. Die Reparationskommission hat 132 Milliarden Goldmark als Wiederzahlungsschuld auf Grund des Nr. 233 des Friedensvertrages festgestellt. Hier handelt es sich um einen Gegenwert, und die neue Summe soll offenbar in einer öffentlichen Gegenleistung von Deutschland angeboten zu 15 Milliarden Goldmark treten. Das ist ein sehr hoher Preis, auch die Reparationskommission hat sich für ein solches Maß über den Stand der Verhandlungen französischer Vorkämpfer Zustand angeordnet, haben dem Staatssekretär Hughes zu erklären, daß die Annahme der neuen deutschen Gegenwortschläge unannehmbar sei. Inwiefern es sich hier um Zwitterorden handelt, wird schon die nächsten Stunden lehren. Wir müssen uns nur über eins klar sein: Entsteht bei Amerika, besonders aber auch bei England, auch nur der leiseste Verdacht, daß Deutschlands Wiederzahlungsmöglichkeit bis zum äußersten nicht vorhanden ist, dann können die Verbündeten bei der Vollstreckung in ihren Ländern nicht anders, als Frankreich gegenüber zu lassen. Dies immer man auch die Chancen neuer Verhandlungen bewerten, an der letztmöglichen Verhandlungsschleife Deutschlands kommen wir nicht vorbei. Sie bleibt auch dann bestehen, wenn der Gegner durch neue Sanktionen wirtschaftliche Vorteile von unermesslicher Höhe erzielt, die deutsche Volkswirtschaft kühlt und unsere Arbeitslosigkeit ins Größte steigt.

Angewiesen ist es von Wert, die Erörterungen in England zu verfolgen. Der englische Vorkämpfer in Berlin, Lord d'Abernon ist nach London gefahren, nachdem er vorher mit dem französischen Vorkämpfer Laurent konferiert hat. Es ist sogar möglich, daß er vorher bei der deutschen Regierung nähere Erörterungen eingeholt hat. Trifft diese Annahme zu, dann würde es sich um eine Art Maßfrage handeln, die beweisen würde, daß England nicht auf Briands Standpunkt der strikten Abweisung ist. Die Reichstagsdebatten ist in den verhängnisvollen Fehler verfallen, die ganze Frage unter dem Gesichtswinkel innerpolitischer Betrachtung zu stellen. Hier haben namentlich die sozialistischen Redner, aber auch Herr Helfferich, gesündigt. Eine retrospektive Kritik kann jetzt lediglich schaden. Wenn der Zeitpunkt gekommen sein würde, kann man gewiß auch über die deutsche Politik der letzten sechs Wochen allererst reden. Jetzt ist es in jedem Falle verfehlt. Die Meinung des Herrn Hermann Müller, daß der Außenminister bei der Aufhebung des Telegramms an Harding die Zustimmung der Parteiführer hätte einholen müssen, geht ebenso fehl wie die Kritik nationalsozialistischer Abgeordneter, daß dieses Telegramm der Welt nationaler Würdigkeit sei. Das vornehmlichste System ist die ganze Demokratie von der Voraussetzung getragen, daß die Gleichberechtigung Persönlichkeiten erschaffen läßt. Demokratie und Führerproblem gehören zusammen. Bei der Beschaffenheit des Volk von heute ist es aber notwendig, daß solche Persönlichkeiten auch den Mut zur Verantwortung haben. Daß ihn Dr. Eimons gehabt hat, soll man ihm nicht zum Vorwurf machen. Ueber die Form des Telegramms an Harding kann man gewiß verschiedene Meinungen sein. Aber die Anurung eines Schiedsvertrages schließt die Zustimmung, daß man sich ihm unterwerfen wird, einfach in sich. Sonst hätte der ganze Rechtschleife seinen Sinn verloren. Aber es ist wirklich müßig, diese Betrachtungen jetzt im Parlament und damit vor aller Welt vorzunehmen. Alles kommt darauf an, daß man sich mit der Entente und Amerika an den Verhandlungstisch gelangt. Schlägt dieser Versuch fehl, dann wird man je mehr vor einer entsetzlichen Situation stehen, die man durch unvorsichtige Reden jetzt lediglich erschweren kann.

Das Echo der deutschen Vorschläge.

Bei den Westlern amtlichen Stellen ist noch keine direkte Meldung über die Aufnahme der deutschen Note in Amerika angegangen. Aus den französischen Meldungen läßt sich aber erkennen, daß die Schwierigkeiten anfangen,

sich zu häufen. Man sieht darum die Lage nach wie vor als sehr ernst an. Es wird als unabweisbar angenommen, daß Präsident Harding und die amerikanische Regierung den lebhaften Wunsch haben, zur Beilegung des Konflikts und zur Verhinderung der Gewaltmaßnahmen beizutragen. Es scheint auch ziemlich sicher, daß in Washington die deutschen Vorschläge für eine mögliche Verhandlungsgrundlage gehalten werden, obgleich man in einigen Punkten gegen eine klarere und bestimmtere Fassung gewinnhaft hätte was zu klären in Berlin Verhandlung gehen haben dürfte. Dagegen wird bezweifelt, daß die amerikanische Regierung angesichts der ablehnenden Haltung der französischen und auch der englischen Regierung ihre dankenswerten Bemühungen werde zum Erfolg führen können. Aus London wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Da London weder von Washington noch von Berlin offiziell über die Vorschläge eine Mitteilung erhalten hat, erfolgte bisher keine offizielle Mitteilung. Der vorläufige Schritt Frankreichs wird vielfach gemißbilligt. Die bisherigen Anstöße d'Abernon sind anscheinend unbefriedigend, insbesondere bezüglich der Zeitdauer der Annuitäten. London erwartet eine wesentlich kürzere Dauer, weil man den deutschen Vorschlag sonst nicht als den Parier-Beschlüssen gleichwertig ansehe. Die offizielle Auffassung ist deshalb heute klar verfestigt.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die Rettung für Deutschland liegt nur darin, daß es bis zur morgigen Sitzung des obersten Ausschusses in Paris ein Angebot eines neuen, aufrichtigen und annehmbaren Vorschlags macht, das eine Klarstellung und Ergänzung der Washington unterbreiteten Vorschläge bedeutet. Das Washington Angebot werde von verschiedenen amtlichen Kreisen als ein Fortschritt gegenüber den früheren deutschen Vorschlägen angesehen, da sich Deutschland darin bereit erklärte, die Entschärfung einer internationalen Körperschaft oder der amerikanischen Regierung zu überlassen.

Lloyd George hält die deutschen Vorschläge für unbefriedigend.

Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George auf verschiedene Anfragen mit Bezug auf die letzten Zusammenkünfte betreffend die Erwidmung des Friedensvertrags von Versailles und die geplante Aktion der britischen und der französischen Regierung gegen Deutschland, die allgemeine Haltung der britischen Regierung gegenüber der geplanten Besetzung des westfälischen Kohlengebiets sei in seiner Antwort vom letzten Montag auseinandergesetzt worden. Was die genauen Pläne für die Besetzung betrafte, so wolle diese ausschließlich von der Konferenz der alliierten Sachverständigen geprüft und deren Bericht müde der interalliierten Konferenz am Sonnabend unterbreitet werden. Lloyd George erklärte, er habe daher für den Augenblick kein, was er dem Unterhause bereits mitgeteilt habe, nichts hinzuzufügen. — Kennworth fragte, ob denn nicht seit Montag weitere Vorschläge der deutschen Regierung eingetroffen seien und ob unter diesen Umständen die Lage genau dieselbe bleibe, und ob das Parlament befragt werden würde, bevor eine Aktion unternommen würde.

Lloyd George erwiderte: Wie ich nichtamtlich höre, sind Vorschläge von der deutschen Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten unterbreitet worden. Ich habe diese Vorschläge gesehen, die, wieviel ich weiß, veröffentlicht wurden. Ich bedaure sehr, sagen zu müssen, daß sie durchaus unbefriedigend sind, und ich wünschte, es wäre möglich gewesen, zu erklären, daß sich die Lage geändert habe. Sie werden augenblicklich sehr häufig mit anderen Vorschlägen von den Finanzadjutanten aller Alliierten, die zu vieler Frage in London sind, geprüft. Daher könnte ich nur sehr ungenügend eine endgültige Meinung zum Ausdruck bringen. Ich fürchte jedoch, daß allgemeine Unversöhnlichkeit mit Bezug auf die wichtige Angelegenheit der von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge besteht.

Edgewood Ben fragte hierauf, ob die Erklärung des Premierministers, daß die deutschen Vorschläge unbefriedigend seien, (Rufe: Nein!) bedeuten solle, daß England zu weiterer militärischer Besetzung Deutschlands verpflichtet sein werde.

Lloyd George sagte: Bevor irgendeine Besetzung Deutschlands stattfinden wird, wird dieses Haus volle Gelegenheit erhalten, sein Urteil über diese Frage abzugeben. Ich erwarte, daß verabschiedet wurde, daß eine Diskussion bei Beratung des Etats des Vereinigten Amtes am nächsten Donnerstag stattfinden soll, und ich zweifle, ob der Beschluß des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag gefaßt werden wird.

Lord Robert Cecil fragte hierauf: Soll das heißen, daß das Land zu keinerlei Vorkrieg der Aktion bis zu dieser Debatte verpflichtet wird? (Beif. b. d. Opposition.)

Lloyd George erklärte: Wenn Lord Robert Cecil damit meint, daß die Vertreter der britischen Regierung das Land nicht verpflichten sollen, insofern eine Regierung das Land zu einer besonderen Ansicht mit Bezug darauf, welche Aktion unternommen werden sollte, verpflichten kann, so nehme ich diese Ansicht bestimmt nicht an. Es würde vollkommen müßig sein, unter vielen Umständen auf die Sache einzugehen. Daher habe ich am letzten Montag ich nämlich, daß wenn die deutschen Vorschläge unbefriedigend sind (nicht mit sich es zu sagen, ob Deutschland eine weitere Gelegenheit gegeben wird oder nicht) wir zur Aktion verpflichtet sein würden, soweit die westfälischen Kohlengebiete in Betracht kommen.

Edgewood Ben fragte hierauf, ob Lloyd George dem Hause eine Möglichkeit geben würde, die besondere Frage zu beantworten, ob England zu einer weiteren militärischen Aktion verpflichtet werden solle. — In diesem Augenblicke tritt der Sprecher ein.

Ablehnung Amerikas?

Aus den amerikanischen Presseberichten kann man keinen lauten Ueberdruß über die Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber dem deutschen Angebot gewinnen. „Washington Star“ meldet z. B., die amerikanische Regierung werde die deutschen Vorschläge nicht ablehnen, da England und Frankreich offiziell erklärten, daß sie sie für nicht annehmbar halten. Die letzte Ansicht für die amerikanische Regierung, die Vermittlerrolle durchzuführen, ist durch den Schritt der Deutschen verwirrt. „New York Evening Post“ dagegen scheint von einem solchen Verzicht der amerikanischen Regierung noch nichts zu wissen und erklärt, die Verhandlungen dürften nicht aus irgendwelchen Gründen sekundärer Art abgebrochen werden, vielmehr müßte Amerika insofern auf die früheren Forderungen als auf die Verbündeten einen Druck ausüben lassen. Deshalb hat auch die englischen Nachrichten mit großer Vorliebe auszusprechen. „Daily Chronicle“ meldet aus New York: Staatssekretär Hughes teilte der Deutschen gegen Vorschläge in einer Note mit, daß der Sinn der neuen deutschen Vorschläge zu unklar sei, als daß die Vereinigten Staaten sie in der gegenwärtigen Form den alliierten Regierungen mitteilen könnten. Die Regierung der Vereinigten Staaten wolle vorerst alle irgendwie möglichen Zweifel über den Gehalt betrag der von Deutschland angebotenen Entschädigung beseitigen. Der „Washingtoner Times“-Korrespondent meldet: Die amerikanische Regierung hat sich definitiv gegenwärtigen Form an die alliierten Regierungen weiterzuleiten, da diese Vorschläge den Alliierten keine genügende Verhandlungsgrundlage bieten können.

Auch hierauf wird man annehmen können, daß die Vermittlerrolle Amerikas noch keineswegs erledigt ist, sondern vielmehr der Versuch gemacht werden soll, nach Deutschland weitere Zugeständnisse zu erhalten. Denn ist die Lage immerhin verwickelt ernst. Sie wird es um so mehr, als ein zweifelloses feststeht:

Frankreich will unter allen Umständen einmarschieren.

Wie die Offener „Arbeiterzeitung“ von unbedingt zuverlässiger Seite erfahren haben will, sind bereits in den letzten Tagen in einer Anzahl Teile des niederrheinischen Gebietes die Besatzungstruppen verlegt worden. Diese Truppenverlegung bedeutet zugleich die Bereinigung von Mannschaften für die weitere Besetzung des Ruhrgebietes, was dem Elate ausdrücklich bekräftigt worden ist. Der Vormarschplan zur Ausdehnung der Okkupation ist in seinen Grundzügen von französischen Offizieren in dem neubestimmten Gebiet schon bekanntgegeben worden. Die Führer der Besatzungstruppen hätten den Befehl erhalten, bereits jetzt entsprechende Vorbereitungen zu treffen. In Aachen seien zu Beginn der Woche über 200 französische Soldaten stationiert worden, die vorläufig in Wallenraarstation stationiert wurden.

Im englischen Unterhause wiederholte Chamberlain in dem Nachts des nächsten Donnerstags bei Beratung des Budgets des Auswärtigen die Frage einer neuen Aktion gegen Deutschland zur Erörterung kommen werde. Kennworth fragte: Während die Debatte erst am Donnerstag stattfinden sollte, hätten die Franzosen bereits eine angekündigt, daß sie beabsichtigen, am Sonntag loszuzumarschieren. Churchill erwiderte: Wenn die französische Regierung auf eigene Verantwortung hin vorgehen wollte, so würde dies durch eine Diskussion im Unterhause nicht verhindert werden.

Eine französische Mitteilung an Amerika.

In einer offiziellen Erklärung wird mitgeteilt, daß der französische Vorkämpfer in Washington, Zurlauben, der amerikanischen Regierung folgende Mitteilung gemacht hat: Da Frankreich keine offiziellen Mitteilungen über die deutschen Vorschläge von Seiten Amerikas zugehen, hat dieses auch keinen Anlaß, sich offiziell darüber zu äußern. Uebrigens berichte sich Frankreich vor, mit seinen Alliierten über die Frage zu beraten, und es wünsche die

Deutsches Reich.

Hauslich und die Lehrer. Eine Verordnung des preussischen Lehrereinsatzes unter Führung des Vorsitzenden Lehrer Schmalz (Magdeburg) sprach dem bisherigen Kultusminister Hauslich anfänglich seines Ausscheidens aus dem Amt den Dank der ohne Rücksicht auf ihre sonstigen Verhältnisse für die preussischen Lehrereinsatzverhältnisse im Reichsverband aus. Mit dem Sinne, daß Herr Hauslich der erste Minister gewesen sei, unter dem ein wirkliches Verhältnis zwischen der obersten Unterrichtsverwaltung und der Lehrerschaft zum Segen der Schule bestanden habe, verband der Vorsitzende den Wunsch, Herrn Minister Hauslich als eine auf dem Gebiet der Kulturpolitik führende Persönlichkeit auch in seiner zukünftigen Tätigkeit als Abgeordneter in allen wichtigen Fragen des Lehrereinsatzes und der deutschen Schule an der Seite der deutschen Lehrerschaft zu sehen.

Tarifgespräch im Bankgewerbe. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilen haben die vorgerichteten Tarifverhandlungen im Bankangestelltenministerium in später nachfolgenden Folgen Schiedsgericht geendet. Die Forderungen der Bankangestellten werden um 1000 Mark pro Jahr, die Haushaltungszulage um 400 Mark erhöht. Die Kinderzulagen betragen bei Kindern bis zum 2. Lebensjahre 1000 Mark, vom 7. bis zum 12. Lebensjahre 1200 Mark, für ältere Kinder 1500 Mark. Die Teuerungszulage der Witwen beträgt um 600 Mark erhöht. Außerdem wurde eine kleine Verbesserung in der Berechnung der Berufsjahre der weiblichen Angestellten ausgehandelt. — Bis zum 14. Mai haben sich die Vertragsparteien (Reichsverband der Bankangestellten, Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten, D. S. B.) über die Annahme oder die Ablehnung des Schiedsprüchs zu entscheiden.

Auslands-Rundschau.

Der österreichische Nationalrat wählte mit 59 christlich-sozialen und großdeutschen gegen 5 sozialdemokratische Stimmen gemäß dem Vorschlag des Hauptauschusses die christlich-sozialen Abgeordneten Dr. Sauer und Raugauer zum Minister des Innern. Die neuerwählten Minister sind durch die feierliche Demission des früheren Ministers Hans Festwagner seinen Nachfolger im Amt abgibt wieder besetzt worden.

Irlands Autonomie. Im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George, die Irland gewährte Autonomie trete nächste Woche in Kraft und die englische Regierung sei sogar im Interesse der Sicherheit Großbritanniens zur Annahme eines besseren Vorschlags bereit, den ein zukünftiger Vertreter der öffentlichen Meinung Irlands machen würde.

Die spanische Regierung hat die neue mexikanische Regierung des Generals Obregon anerkannt und einen außerordentlichen Gesandten nach Mexiko gesandt. Der Präsident hat alle fälligen Mexiko eingelebten, an einer Verhandlung über die Auslandsschuld Mexikos teilgenommen.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Halle, den 25. April. Endlich kam auch dies Konzert zustande, das feierlich dem Gedächtnis der Kommunisten gewidmet wurde. Abgesehen von einer vorläufigen Veränderung, dem Saalbau war vorbereitet, er begleitete an diesem Abend Grete Schildgast in Leipzig, und so war auch das Programm gänzlich umgewandelt. Kommerzienrater Bender erwiderte sich wieder als der unüberwindliche Jamborer, der seine Worte zwingt, ihm zu folgen. Er ist ein seltener Künstler unter den Sängern, zumal unter den Silbnerkünstlern, die auf dem Konzertstadium nur zu gern daran erinnern, daß ihr Recht eigentlich ein anderes ist. Nichts davon bei Bender. Sein Gesang und sein Vortrag hat immer Stil, ganz gleich, was er singt. Und das ist das Große an seiner Kunst, daß er jede Art beherzigt, der dramatisch belebten Balladenform im „Holzwand“, im „Schicksal Drogans“, die seine Ironie im „Misanthrop“, den schärfsten Humor im „Zankowal“, und die dramatischsten Momente im „Schwabenberger“. Dabei bleibt er stets Sänger, jeder Ton wird vorbildlich angelegt und entwickelt, und man er einmal einen

aber ist auch nur ein einziger Partout Selbstbild oder Willkür.

Wesentlich tragende Kraft der Szene ist das Licht, ein geheimer Strom, der nicht etwa nur den Zuschauer, sondern auch den Schauspieler selbst in Aktion hineinzuführen vermag. Denn von dem Licht gehen stärkste Suggestionen aus, die nicht etwa nur den Brand einer wilden Leidenschaft entfachen können, sondern durch Grab und Leben des Partones auch die Stimme und die Gestärbe des einzelnen Schauspielers zu dämpfen, abzumildern oder hochzuheben vermögen.

Je nach der Stimmung des Spielers kann ein Darsteller oder eine Spielgefährtin die ganze Bühne in besonderer Höhe gesetzt werden, das durch seine realistisch orientierte Vorgehensweise, sondern lediglich durch seelische Motive bestimmt und so mit den Abstraktionen und Melodien des Spielers sich zu wandeln vermag. Mit wirkt vor allem anstrengend, brecht, befehlend, jubelt. Man dampft, fällt, versinkt oder genährt an Tod und Grab. Selbst wahrnt. Zerkendade und Mithrasgen ermbildend anstrebende von Wirkungen.

Ein monumentales einfache Szene wird die Gestaltung eines neuer Parteilichkeites gelohnt, der in eigenartiger, aber stets organischer Ausformung die ganze Staff feierlicher Bewegungen bis in die feinsten und ganzlichen Verhältnisse in allen Schattierungen und Schattierungen bezieht. Der Akteur des Schauspielers ist wieder ein schillerndes Instrument, das in vielfacher, jeder Konvention entzerrender Weise das feierliche Wesen nach, hemmungslos herausstellt, gesteigert und einseitige Natur. Und an solcher Stelle entzündet sich die vielfältige Kraft des Wortes. Nun gilt es, die Macht der Eingelebung in einem einzigen Gesamtrhythmus, in einer großen Grundmelodie zu sinuen. Denn das Ganze muß von dem eindrucklichen geistigen Grundrissen des Spielers getragen werden.

Die Wirklichkeit der Gesen und Stimmen, die Entwicklung der Stellungen im Zusammenspiel, wobei gleichfalls jede Wirklichkeit sich ausprägt, all das geschieht in das Fluidum des Lichts, gestellt in eine so prägnante Architektonik, muß wie ein Drehkörper des Ausdrucks Rollen von Seele auf den Zuschauer hindurchschleppen.

Vor dem jungen Drama verlagert alle Bestimmtheit. Denn das Geles des Spielers schafft sich ewig neu aus dem inneren Wesen von Werken, die konzentriert sind wie die Welt.

doch sich die Goldwahrung während des Krieges nicht voll habe aufrechterhalten lassen; die Deckungsmittel hätten getrennt werden müssen. Die Verwendung der Darlehenauslassung als Deckung sei ein flüchtiger Gedanke gewesen, sie hätten in der Tat einen viel größeren Wert als die Reichsloshausnahme. Die Forderung auf Herausgabe des Goldbestandes sei ein noch nie dagewesener Völlerei- und Friedensvertragsbruch. Die französischen Notenbanken seien im Jahre 1870 geschlossen worden; die Franzosen hätten bei der Besetzung Deutschlands die Reichsbank unangeführt gelassen. Napoleon I. habe 1807 die Preussische Staatsbank beschlagnahmt, die der Reichsbank ähnliche Seehandelsbank aber gelassen. Die Entente könne die angeblich rückfälligen Milliarden vom Reich, aber nicht vom Institut der Reichsbank fordern, daher auch nicht in die Bestände der Reichsbank eingreifen. Ein solcher Eingriff würde auch schwere wirtschaftliche Katastrophen für das Ausland herbeiführen. Deutsche Staatsangehörige hätten etwa 100 Milliarden Schulden im Ausland; ein Sinken der Valuta und eine weitere Verschlechterung des Geldwertes wären die Folgen der Auslieferung des Goldes. Der Demagogische Untergrund, daß der Reichstag sich mit aller Entscheidungskraft wehren müsse. Es dürfe hier nicht zu gehen, wie bei der Uebergabe der Handelsflotte. Das Gelebe wurde darauf einmütig angenommen. Angenommen wurde ferner der Anstufungsvertrag über das Redebestimmungen, nachdem Staatssekretär Müller erklärt hatte, daß die Bestimmungen im Benehmen mit den Sachverständigen, den Beteiligten und dem einzelnen Reicherts geschäftlich seien und das Interesse des Reiches voll gewahrt werde.

Das Korridorabkommen.

In Paris ist vor wenigen Tagen von den Vertretern Deutschlands, Polens und Danzigs das Korridorabkommen unterzeichnet worden, das den gesamten Durchgangsverkehr von Ostpreußen zum bürgerlichen Reich und über Danzig regelt. Das Abkommen umfaßt nicht nur den Eisenbahndverkehr, sondern erstreckt sich auch auf Post, Telegraph, Fernsprecher sowie auf den Automobil- und Schiffsverkehr. Es ist gelungen, für die Verbindung mit Ostpreußen mehrere Strecken zu erlangen, auf denen der Durchgangsverkehr erfolgen kann. Man darf annehmen, daß nach der Unterzeichnung dieses Abkommens namentlich auch die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen reich vor sich gehen werden.

Lohnregelungen im Ruhrbergbau.

Zwischen den untergeordneten Berchtern wurde gestern folgende Abkommen getroffen: Vom 2. April ab treten folgende Lohnregelungen ein: für Gehobener unter Tage 500 Mt. je Schicht, gegenüber dem Durchschnittslohn der betreffenden Gegendarbeiter der einzelnen Schichtklassen vom Oktober 1920, für Schichtführer 20 Jahre 8 Mt. je Schicht, für 18-19 Jahre alte Schichtführer 4,50 Mt., für 14-15 Jahre alte Schichtführer 2,50 Mt., für 12-13 Jahre alte Schichtführer 1,50 Mt. Die Sätze der einzelnen Stufen über und unter Tage bleiben dieselben. Für Gehobener wird der Grundlohn auf 27 Mt. erhöht. Es werden die bisherigen Zulagen von 4,50 Mt. und 2 Mt. bzw. 1 Mt. je Schicht, soweit sie nicht durch die Erhöhung des Grundlohnes abgegolten sind, im Gehalte beibehalten. Die Bezahlung für die Abkommen ist, daß die Reichsregierung auf die Wahrung der Beiträge von 5 Mt. verzichtet, der gegenwärtig am Kohlenpreis für die Lebensmittelversorgung der Bergleute einbehalten wird und hierfür durch den Betrag der Ueberflüssigkeiten nicht mehr in Betracht kommt. Bei diesem Abkommen wird vorausgesetzt, daß die Kohlenförderung in einer regelmäßigen Schicht je erhöht wird, daß anderer Wirtschaft die notwendige Kohlenmenge ausgeführt werden kann. Sollte eine Steigerung der Kohlenförderung im erforderlichen Maße auch bei Bezahlung notwendiger Betriebsunterstützungen nicht eintreten, so wird ein neues Ueberflüssigenabkommen verhandelt werden müssen, über das in der Arbeitsgemeinschaft zu verhandeln ist.

Johannesverband, Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Politische Berufsvereinigung, Abteilung der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkschaft der Fabrik- und Handarbeiter.

Zeit jenseits erleben können; heute gilt nur die Formung aus dem Geist, dem taubendmal Beweisen zum Trost. Gelehrte und vereinerliche ledigliche Mittel dienen erdübigen Zwecken.

Wobelin, Strindberg, Gullberg, Carl Hauptmann und die Expressionisten, sie alle fordern ihren eigenen menschlichen und literarischen Wobismus. Hier hat die Ausdrucksfähigkeit, die nutzenden ihrem Wesen nach heimlicher ist als im Theater, ihr freudvolles. Bed. Was auch Jhen und Gullberg Hauptmann, auch die Künstler empfinden durch die Verwehungen der jungen Regiekräfte neue Spiegelungen. Es ist unmöglich, Jhen heute rein realistisch zu injizieren. Man wird sich an den Symbolisten halten und ihn bewußt oder auch unbewußt betonen. Für den späteren Strindberg ergibt sich expressionistisches Spiel als unumgänglich, für den früheren als möglich. Aber selbst den Strindberg des „Wobers“ wird man heute anders erleben als zur Entstehungszeit des Dramas.

Wir haben uns heute geöffnet, vielfach auf die individuelle — oft geistlich treue Dekoration zu verzichten. Das Vertrauen in die Abmalkkraft des Zuschauers ist gewonnen, und die Stille, durch Vorhänge, Säulen und Bogen veränderbar wie ein Steinbauwerk, hat nicht nur den technischen Vorzug, fähig Verwendungen zu erparen, sondern in Verbindung mit der Ergänztheit des Lichtes selbst und in gelbter Blauheit das Spiel erlösen zu lassen. Dabei ist es möglich, Intriguen mit individueller Wirkung — Wald, Zimmer, Alce, Meer, Nachtigall — in den Schilderungen zu heben und so außer bildlicher Eindrücke bei Werken, die trotz feierlicher Monumentalität spezifische Charakteristik fordern, schwierige Dekorationenprobleme lösend zu lösen. Es ist dies freilich ein Ausweg oder auch Zugeständnis, wie es nur gewisse Stücke erlauben oder fordern, etwa „Wobzel“ oder „Räthen von Helldrom“.

Die spezifische Vereinfachung kann noch weiter gehen: bloße Umrahmung durch so oder so geübte Vorhänge. Die Ihre Wahrung charakterisiert. Die aus nur mächtiger Hintergrund: Steinblau, Feuer, Eisen, Holz, Gemüthlichkeit. Immer neu erlösen sich individuell bestimmte Wirklichkeiten. Esen die geführte Stimmung ist das Ueberrinnend einer lebendig fühlbaren und nachvollziehbaren Regie.

Im Dramatik steht uns wieder das Spiel des Darstellers; der heimliche Rahmen ist nur das, um Gele und Wort zu letzter Kraft zu spannen und Einzel zu erreichen; nicht

feiner Welt, daß von diesen zu trennen oder diesen irgendwelche Haltung vorzuziehen. Inzwischen erklärt weiter, daß Deutschland offenbar die Beratungen von London zu beenden müssen und zu verzichten muß, daß die Alliierten zu einer Entscheidung kommen. Solange diese Berede des Reichstages nicht aufhört und der Vertrag von Versailles nicht durchgeführt werde, habe Deutschland immer die Aussicht, sich zum größten Teil seinen finanziellen Verpflichtungen zu entziehen. Gleichzeitigt hält sich die Regierung viel leichter an der Macht, weil sie keine endgültige Verantwortung zu übernehmen hat.

Die Nachleistungen aus dem Friedensvertrag.

Der Ausschuß des Reichstages, dem die Vorbereitung der mit dem Friedensschluß zusammenhängenden Gelebe und Revisionen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, übertragen ist, beriet unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Berner (Sager. Lp.) eine Reihe wichtiger Vorlagen. Von erheblicher Tragweite ist der Entwurf einer Verordnung betreffend die Anforderung von Leistungen zur Ausführung des Friedensvertrages. Die Bestimmungen des letzteren verpflichten Deutschland zu Schließungen größten Umfangs; dieselben sollen im Rahmen der deutschen Produktion möglichst durch freie Vereinbarung der Regierung mit den Besiegten zu bewerkstelligen sein. Im Falle eines ungenügenden Ausbeutes des Reiches einen Kegel vorzuschreiben, geben sich die Reichsgelebe zur Ausführung des Friedensvertrages vom August 1919 dem Staat auch ein Recht, die Lieferungen von den einzelnen anzufordern und erforderlichenfalls durch Enteignung sich zu verschaffen. Um hierbei eine gleichmäßige Verteilung in der Heranziehung der Produktionszweige zu garantieren, werden jetzt durch die vorliegende Verordnung die Länder und eventuell frei zu schaffen die Verände mit der Durchführung der Lieferung betraut.

Es handelt sich hierbei, wie in den Beratungen des Ausschusses klar zu erkennen war, gegebenenfalls um eine scharfe Eingriffsmittel des Privatigentums, die nur dadurch gerechtfertigt werden können, daß sich das Reich in einer Notlage befindet und daß die in der Verordnung vorgeschriebenen Zwangsmaßnahmen nur als ausnahmsweise Rechtsbehelfe gedacht sind. Da zu der Verzögerung nur die Zustimmung des Ausschusses, nicht auch die des Reichstages erforderlich ist, wurde dieser Punkt der Tagesordnung zwecks weiterer Beratung in den Parteien vertagt.

Die Auslieferung des deutschen Goldes

Im Hauptauschluß des Reichstages wurde gestern zunächst über das Gelebe zur Verteilung des Goldmines der Reichsbank verhandelt; es liegen dem Reichs 37 429 000 000 Mark zu. Auf Anfrage des Demokraten G. G. H. und des Reichs die Zahlung von 150 Millionen Mark für und 50 Millionen in fremden Devisen — wie von Deutschland nach Amerika angeboten — der Markkurs gefährdet werden könne, wurde dahin beantwortet, daß dies voraussichtlich nicht der Fall sein würde. Seine weitere Anfrage wieweit die Bestimmungen gegeben seien, den Terminhandeln in Devisen zuzulassen, ergab, daß die Verhandlungen darüber stöden. Dann wurde über die Veränderung des § 17 des Bankgesetzes (Uebernahme der Deckungsbestimmungen für die im Umlauf befindlichen Banknoten) verhandelt. Der Berichterstatter, Abg. Meyer, und sämtliche Fraktionsredner lobten die Tätigkeit der Reichsbank in und nach dem Kriege; eine besondere Tat ist es, daß man ohne Reservierung ausgenommen ist. Der Berichterstatter berührte auch die Frage der Uebergabe des Goldbestandes. Er führte aus, daß nach der auch von Frankreich und England unterzeichneten Handelsordnung eine Preisniedrigung oder Entwertung für die Reichsbank als Preisniedrigung nicht zulässig sei. Ein solches Vorgehen wäre aber auch kurzfristig, weil dadurch die Mark entwertet würde. Der Reichstag müsse auf diesem Punkte bestehen. In längeren Ausführungen wies der Reichsbankpräsident darauf hin,

Untersuchungsberichte der „Saale-Zeitung“. Sonnabend, den 20. April. Inhalt: Seine Kontur hat Roman von Fritz G. H. — Abwehr. Gedicht von Adolf R. — Im Gedächtnis durch den Frühling. Von Hans R. — Die Fremdenheim. Von Friedrich F. — Theater im Reich (Leipzig-Dresden). — Haedets Jugendbeide. Von Prof. W. —

Aus der Werkstatt der modernen Regie.

Von Dr. Friedrich Schobert, Dramaturg des Königlich Preussischen Landestheaters in Gera. (Nachdruck verboten.)

Wachte früher einmal der einzelne Schauspieler sich anmaßen können, den Mittelpunkt einer Aufführung zu bilden, erschien dann bald als Ideal die Verflechtung der Persönlichkeiten in einem Einheitsbild, der abdruckte oder auch aufstufte zur Welt im Strom, von Wobem als Urheber der heutigen Regie genial durchgeföhrt, so ist heute spezifische Individualität wieder im Wert geliegen. Denn wir fordern heute Ausbreitung und Entschärfung des Seelischen, Maßstabs, nicht Verleinerung der Innerlichkeit. Aber die Individualität darf darum nicht monologisch sich verhalten, sondern muß eingeleitet werden als bindendes Glied in den Gesamtformen von Richtung und Geist.

Die Wichtigkeit menschlicher Eigenartien sowie den menschlichen Wesen, als: Architektur, Licht, Möbel und ledigliche Mittel einbeutig und es gemäßigt zusammenzufügen zu lebendigen Einem, das ist das Wesen der Regie. Der Spielleiter kann sich nicht begnügen mit einer beliebigen Ordnung und Ueberwachung. Es ist hier wie in jeder Kunst kein Platz für Zufall und Willkür, sondern alles ist durch Gesetz, zwar sein allseitiges Dogma oder trodene Gleichgewicht, sondern spezifischeres Gesetz, doppelt bedingt durch das Wert des Dichters als erstes und zweites und dann durch die Eigenart der jeweiligen Darsteller; die zwar wandeln jenes nicht ab, wohl aber vermögen sie den Spielraum, den jede Richtung läßt, so oder so zu füllen. Der Spielleiter ist nun das persönliche Medium, in dem sich diese Verflechtung von Wert und Beherrschung ausgedehnt und sich formen läßt.

Jedes Drama stellt seine ursprüngliche Forderung. Jeder möge Routine und Schöpfung die Erzeugungsfähigkeit

